

# Manfred Binder

Das **GKV**

**Lügen +  
Rechtsbruch  
Kartell**

**GKV-Spitzenverband  
GKV-Verwaltungsrat  
Gesundheitsminister  
Hermann Gröhe (a.D.)**

**in der deutschen Staatsverwaltung**

**§**



zur skandalösen gesetzwidrigen Aufnahmeverhinderung von neuartigen proktologischen  
Gesäßhandbrausen für bewegungseingeschränkte Menschen, Analhygiene, Adipositive,  
Anal-Wundreinigung, Geburtswunden, gegen Hämorrhoiden, Analfissuren, Verstopfungen,  
Analekzeme, Pruritus ani, Harnwegsinfektionen & Analabszessen in das Hilfsmittelverzeichnis.

Das GKV Lügen +  
Rechtsbruch Kartell

GKV-Spitzenverband  
GKV-Verwaltungsrat  
Gesundheitsminister  
Hermann Gröhe (a.D.)

in der deutschen Staatsverwaltung

zur skandalösen gesetzwidrigen Aufnahmeverhinderung von  
neuartigen proktologischen Gesäßhandbrausen für  
bewegungseingeschränkte Menschen, Analhygiene,  
Adipositive & Anal-Wundreinigungen, Geburtswunden,  
gegen Hämorrhoiden, Analfissuren, Verstopfungen,  
Analekzeme, Pruritus ani, Harnwegsinfektionen &  
Analabszessen in das Hilfsmittelverzeichnis.

Autor: Manfred Binder

## **Widmung**

Dem unvoreingenommenen, selbstkritischen,  
wahrheitsgemäßen,  
gerechtigkeitssuchenden zukunftsorientierten gesunden  
Verstand in einer  
freiheitlichen demokratischen Grundordnung gewidmet.

## **Vorwort**

An einem sonnigen Nachmittag im Herbst 2001 begab sich der Berliner Erfinder und seit 1983 tätige bekannte Privatdetektiv Manfred Binder mit seiner Lebensgefährtin auf einen Spaziergang. Einige Meter vor ihnen ging ein älterer einarmiger Mann seines Weges. Im Verlaufe der Betrachtung des Mannes stellte sich für Binder die Fragestellung, wie gut kommt der einarmige Mann mit der Intimreinigung klar?

Als problemlösungsorientierter Ermittler machte sich Binder einige Tage später Gedanken über ein mögliches Hilfsmittel, das die Intimreinigung nach dem Stuhlgang erleichtern könnte. Es folgte eine Vielzahl von Versuchen mit unterschiedlichen thermoplastischen Materialien und Formgebungen.

Die Erfindung bzw. der erste Prototyp der neuartigen proktologischen Gesäßhandbrause erblickte im Jahr 2002 das Licht der Welt. Mit einem weiterentwickelten Prototyp einer Gesäßhandbrause für Männer und einem Analekzem fuhr Binder 2010 in den Türkeiurlaub. Statt Toilettenpapier benutzte Binder 3 Wochen lang nur seine neue Gesäßhandbrause. Nach ca. 14 Tagen war von der Unpässlichkeit fast nichts mehr zu spüren. Aber eine Menge an Fragen und Antworten waren trotzdem noch offen oder konnten wegen noch fehlender Kenntnisse auf verschiedenen Arbeitsgebieten noch gar nicht gestellt werden.

In den Folgejahren bis ca. 2015 erfolgte Step by Step eine Einarbeitung in unterschiedliche Wissensbereiche inklusive Waffensachkundeprüfung nach §7 WaffG für Detektivarbeit. In diesem Zeitraum entwickelte der Gesäßhandbrause-Pionier Binder die heute verfügbaren vier

Gesäßhandbrausen Grundmodelle für Männer, Frauen, Adipositive und Pflegebedürftige mit diversen Abmaßen. Da eine Konfektionsgröße allein für die unterschiedlichen Körpermaße natürlich nicht ausreichte, wurde jede Gesäßhandbrause nach individuellem Maß gefertigt. Das Anfang 2015 noch bestehende Problem der Maßabnahme im Intimbereich z. B. bei einer Person in München und anderswo wurde von Berlin aus onlinegemäß so gelöst, dass Binder die Maßeinheit „ABN-15“ entwickelte. Hierbei wird mit einem Faden oder Maßband im Sitzen ohne baucheinschnürende Bekleidung der Abstand zwischen Anus bis Nabel gemessen. Dieses Maß entspricht dann exakt der benötigten Größe der Gesäßhandbrause.

Denn im Sitzen verteilt sich die Körpermasse anders als im Stehen. So kann über jede Distanz hinweg die richtige Größe festgestellt werden, ohne dass Gesäßhandbrause Pionier Binder selbst die Maßabnahme vornehmen muss (siehe: [www.inventordesign.de/Maße](http://www.inventordesign.de/Maße) + Anmessung).

Alle Gesäßhandbrausen Modelle wurden patentamtlich angemeldet und zusätzliche umfangreiche Internetrecherchen über die Anwendbarkeit bei verschiedenen Patientengruppen durchgeführt. Im Jahr 2012/13 entwickelte Binder eine neue Duschkopfform mit einer vergrößerten Strahlöffnungsanordnung, mit der ein Wasserstrahleinlauf bzw. die Ausduschung eines fehlentwickelten Trichteranussses möglich wurde, wobei die Duschfunktion aber im Vordergrund stand. Diese Entwicklung erfolgte unabhängig und zeitlich versetzt parallel zur Erstentwicklung von Prof. Dr. Franceschi und Kollegen.

Die weiteren Recherchen führten u. a. zu einer Klinikstudie aus dem Jahr 1991/95 über den Schutz von Hämorrhoiden des französischen Chirurgen und Phlebologen Prof. Dr. med. Claude Franceschi. Prof. Dr. Franceschi entwickelte parallel zur Studie ein Darmeinlaufgerät mit Duschschauchanschluss, mit dem Probanden erfolgreich

eine neuartige Darmeinlaufmethode in Form eines Wasserstrahles durchführten. Diese Methode schützt nachweislich - durch Umspülung der trockenen Verdauungsmasse im Enddarm - das ringförmige venöse Hämorrhoidalpolster vor Beschädigungen/ Verletzungen (Quetschungen) durch harten Stuhl und durch zu viel und zu langes Pressen auf Toilette. Hierbei wurden auch Hinweise zu einer proktologischen Praxisstudie aus dem Jahr 1997 von Priv.-Doz. Dr. med. Wilhelm Brühl, Priv.-Doz. Dr. med. Rolf Schmauz gefunden. Diese Studie belegt, dass z. B. Analekzeme durch Wasserreinigung heilen können. Genau das ist auch bei Binder geschehen. Auf Anfrage schickte Herr Dr. Brühl freundlicherweise kopierte Unterlagen zur Studie.

All diese positiven Arbeitsergebnisse bestärkten den Gesäßhandbrause Pionier Manfred Binder darin, diese insbesondere für alle bewegungseingeschränkten Personen hilfreichen gesundheitsförderlichen Duschhilfsmittel einer breiten Gruppe von Patienten mittelst Arztverschreibung verfügbar zu machen. Hieraus ergab sich die Notwendig, diese Duschhilfen durch Antragstellungen bei der GKV in das Hilfsmittelverzeichnis eintragen zu lassen.

Die überprüfte Richtigkeit der EG-Konformitätserklärungen für die Gesäßhandbrausen und Gesäßhandtrocknerstäbe bzw. des gesamten Konformitätsbewertungsverfahrens zur Einhaltung aller bundesgesetzlichen und EU-Rechtsnormen für Medizinprodukte nährte die berechtigte Hoffnung auf schnelle Eintragung in das Hilfsmittelverzeichnis (HMV) der GKV (Gesetzliche Krankenversicherung) Spitzenverband der Krankenkassen, und den ärztlichen Verordnungen. Denn nach Gesetzeslage und höchstrichterlicher Rechtsprechung müssten die Eintragungen in das HMV problemlos verlaufen.

Alle im HMV verzeichneten Hilfsmittel erhalten eine Hilfsmittelnummer. Die Notwendigkeit der Aufnahmeanträge für das HMV besteht in der Sachlage, dass Ärzte praktisch GKV-seitig gezwungen sind fast nur Hilfsmittel mit einer

Hilfsmittelnummer zu verordnen, die dann auch von der GKV bezahlt werden. Vertragsärzte können aber trotzdem seit dem 01.04.2007 im medizinischen Einzelfall notwendige Hilfsmittel gemäß § 73 Abs. 2 Satz 1 SGB V verordnen, auch wenn sie nicht im HMV gelistet sind. Das bedeutet aber für Patienten sehr oft ihren Rechtsanspruch teils über Jahre gerichtlich durchzukämpfen. Was Hunderttausende aber nicht leisten können oder wollen. Denn es ist teuer und extrem stressig und nervenaufreibend.

Laut Urteil des Bundessozialgerichtes (BSG SozR 3-2500 § 33 Nr. 16, 20, 27; BSGE 99, 197 = SozR 4-2500 § 33 Nr. 16, RdNr. 20) hat das Hilfsmittelverzeichnis keine Gesetzeskraft, weil es keine gesetzliche Positivliste darstellt. Insoweit gilt der Versorgungsanspruch der Versicherten aus § 33 Abs. 1 SGB V auch auf Hilfsmittel die nicht im Hilfsmittelverzeichnis gelistet sind, aber trotzdem von der Leistungspflicht der GKV umfasst sind.

Die GKV lehnt seit Anfang 2015 mit nachweisbar kriminellen Methoden die Aufnahme der Gesäßhandbrausen in das Hilfsmittelverzeichnis ab. Seit 2017 liegt eine Klage gegen die GKV dem Sozialgericht Berlin/Brandenburg vor. Die ex-treme Aufnahmeablehnung in das HMV begründet sich in der zu erwartenden größeren Verordnungsmenge. Denn eine Vielzahl unterschiedlich erkrankter Menschen hat aufgrund ihrer Gesundheitseinschränkungen einen Rechtsanspruch auf eine Gesäßhandbrause als Hilfsmittel. Die simplen Gesäßhandbrausen bzw. die GKV-Anträge führten zu einem für den Erfinder anfangs undenkbaeren ungeahnt großen GKV-Hilfsmittelskandal.

Dieser rechtsbrecherische skandalöse Verwaltungseklat umfasst neben einfachen Lügengeschichten, Verleugnungen, Falschbehauptungen, Verunglimpfungen auch diverse Gesetzesverletzungen, Prüfzeugnisfälschungen (Urkundenfälschungen), Falschaussagen in gerichtlichen Stellungnahmen und Verwaltungslügen an den CDU Ex-Gesundheitsminister Hermann Gröhe. Das kriminelle GKV-

Verwaltungsverfahren wie auch das amtliche Personenverhalten umfasst ebenso auch ein gewisses Maß an antidemokratischer Haltung, sowie Rechts- und Verfassungsuntreue.

Die eindeutige permanente GKV-seitige Verletzung u. a. des Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz bestätigt diese Einschätzung und die verheerend schlechte Vorstandsarbeit des GKV-Vorstandes insbesondere durch die Vorstandsvorsitzende Frau Dr. Pfeiffer.

Sie hat über alle rechtswidrigen Vorgänge bestens bescheid gewusst und bisher rechtswie vorschriftswidrig keinen Finger gerührt, um das Verwaltungsversagen ordnungsgemäß und gesetzeskonform zu Gunsten des Erfinders und Antragstellers zu beenden. Bei ihr regiert die Schamlosigkeit.

In einem Gespräch mit einem Kardiologen und „besten Freund“ von Dr. Doris Pfeiffer und Vorstand Gernot Kiefer über das vorliegende Buch stellte der Mediziner der Frau Dr. Pfeiffer und Herrn Kiefer ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Der anerkannte wie glaubwürdige Mediziner kennt diese Personen schon viele Jahre arbeitstechnisch persönlich. Offensichtlich hat sich Frau Dr. Pfeiffer mit unsauberen Mitteln und Methoden in den teuren Vorstandsposten mit etwas über eine ¼ Millionen Jahresgehalt hinein geschummelt. Zitat Dr. Benny Levenson: *[Frau Dr. Pfeiffer ist für diesen Vorstandsposten völlig unqualifiziert.]*. Der bis Ende Dez. 2020 noch bestehende Skandal bestätigt die Unqualifizierung Frau Pfeiffers.

Von Herrn Kiefer ist zu hören, dass er mit heimtückischen Methoden gegen Ärztebereiche intrigiert hat und sie im Abrechnungsbereich etc. schlecht dastehen ließ, um schlussendlich gegen den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn - seinem eigentlichen Angriffsziel - feuern zu können. Zitat Dr. Benny Levenson: *[Kiefer hat sich schon immer als schlauer dargestellt, als er tatsächlich ist.]*.

Die vorstehenden Teilzeugnisse zu Dr. Pfeiffer und Herrn Kiefer untermauern die von Binder erhobenen Beschuldigungen bzw. die persönlichen höchst negativen Erfahrungen des hier schreibenden Klägers mit dem rechtsbrüchigen GKV-Vorstand. Das Frau Dr. Pfeiffer ihre Schamlosigkeit und ihre strafrechtlich relevante Rechtsbruchvertuschung nicht von selbst aufgibt, wird durch das Teilzeugnis nur zu verständlich. Die demokratische Grundordnung und Verfassung zu verletzen, scheint für sie Normal zu sein.

Die Forderungen des Bundespräsidenten Steinmeier zum Neujahrsempfang 2020 für mehr Beamtenrespekt durch die Bürger wirken vor dem Hintergrund dieses GKV-Skandals u. ähnlicher Geschehnisse (*„Schwarzbuch Beamte“*, *Wie der Behördenapparat unser Land ruiniert*; Thomas Wieczorek, Knaur Verlag) mehr als lachhafte politische Propaganda, denn als reale Wahrheit und Fürsorge. Bundespräsident Dr. Steinmeier hat aber offenkundig nur die Zeit gehabt, sich einseitig auf die Seite der Beamten etc. zu schlagen, ohne an die von ihm selbst propagierte Wahrheit zu denken. Aber wer fordert mehr Respekt, Wahrheit und Gesetzestreue von den Behörden und Verwaltungen für die Bürger ein? Andererseits gibt es im Beamten-/Angestelltenapparat das Paradoxon des Krähenprinzips versus Kannibalismusprinzips insbesondere in den Sicherheitsbehörden. Gegenseitige Inschutznahme vor inneren aber meistens äußeren Anwürfen schützen nicht immer vor Selbstzerfleischung in der eigenen Truppe (Selbstmorde, Tötungen, Körperverletzungen). Trotz auch vorhandener „Freund- und Kameradschaften“ zählen sicher Mobbing, Stalking und vielerlei Animositäten zum Alltagsgeschehen.

Und über alle dem schwebt die Disziplinar- und Gesetzgebung und zwingt jeden einzelnen gesetzeskonform zu agieren. Siehe aktuelle Vorgänge in der Hessischen Polizei mit Datendiebstahl aus Polizeicomputern und die rechtsradikale politische Verwendung von Polizeidaten

gegen Links-Politikerinnen. Und dafür musste sogar der dortige Polizeipräsident zurücktreten. Kriminell handelnde Beamte sind also keine Kleinigkeit für die Gesellschaft. Und dazwischen muss jeder auch noch sein eigenes Wohl (z. B. Beförderung) im Auge behalten. Alltagskampf überall.

Das vorliegende Buch stellt im Wesentlichen unveränderte Originaltexte aus dem Antragsverfahren bzw. aus den gerichtlichen Stellungnahmen der GKV und des Antragstellers und Klägers Manfred Binder vor und gibt damit der Öffentlichkeit den Blick frei auf eine demokratisch, gesetzlich wie verfassungsrechtlich extrem faulen Stelle in einer der größten deutschen Verwaltungen. Wie Jedermann weiß, fängt der Fisch vom Kopf her an zu stinken. In dem Fall ist der Fischkopf die GKV Vorstandsvorsitzende Frau Dr. Doris Pfeiffer und ihre Vorstandsmitglieder inklusive der zwei Vorsitzenden des GKV-Verwaltungsrates. Der politische Fischkopf ist der Ex-Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und sein Ministerialdirektor a. D. Dr. Ulrich Orlowski.

In den letzten 10 bis 15 Jahren haben einige Millionen Versicherte um die Erstattung von Hilfsmitteln und anderen Leistungen mit der GKV und anderen Kassen vor Gerichten herumstreiten müssen. Nicht selten dauerten und dauern solche Rechtsstreitigkeiten 4 Jahre und länger. Zu den aktuell noch tausendfach laufenden Prozessen werden auch im Jahr 2020 wieder viele Tausende gesetzlich Versicherte dazu kommen, die gegen die GKV Klage einreichen werden. Eine Vielzahl von Klägern wird wegen Kenntnismangel keinen Erfolg oder nur einen Teilerfolg erzielen.

Das GKV-Rezept für Antragsablehnungen besteht für Hilfsmittelentwickler und gesetzlich Versicherte zu gleichen Teilen aus Lügen, Falschbehauptungen und schlechten, dümmlichen bis verfälschenden Sachverhaltsermittlungen und Qualitätsbeurteilungen bei Hilfsmitteln.

Die GKV Dr. Lügentruppe schreckt vor fast gar nichts zurück, nicht einmal mit Lügen vor Gericht. Im dem hier

zugrunde liegendem Fall der Gesäßhandbrausen behauptete der GKV Sachbearbeiter Marcus Lindemann mit Schreiben vom 12.08.2016 z. B., dass an den Handbrausen ein Föngebläse und eine Warmwassertemperaturregelung fehlen würden. Das Schreiben ist unterzeichnet von dem Leiter der Abteilung Gesundheit/Hilfsmittel Dr. Walter Seliger. Das ist so geistig irre wie die Annahme, ein Marsianer könnte bei der NASA arbeiten. Wie solch eine monströse Handbrause überhaupt aussehen, hergestellt und bedient werden könnte, kann wohl nur ein GKV-Akademiker in einem klaren Moment offenbaren.

Der tatsächliche Grund für diese hirnrissige Gesäßhandbrausebemängelung liegt ausschließlich in dem Sachumstand, dass man damit in Ermangelung echter Gründe eine Begründung zur Ablehnung der Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis konstruieren wollte und letztlich auch konstruiert hat. Und dass, obwohl jeder gesunde und logisch denkende Mensch sofort erkennen würde, dass so eine Art Handbrause natürlich nicht existieren kann.

Zudem erfüllte dieses abartige Verhaltenskonstrukt über einen längeren Zeitraum alle Erfordernisse einer abgesprochenen kriminellen GKV-Aufnahmeablehnungstaktik und der Aufreibung des Antragstellers.

Trotz der mehr als eindeutigen Amtsvergehen etc. wird die bevorstehende Schadenersatzklage im Rahmen der Amtshaftung sicher möglicherweise nur schwer durchzusetzen sein. Denn ist wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wie üblich im rein staatlichen Interesse mit allen Mitteln versucht, den Anspruch auf Schadenersatz abzuwehren bzw. so wenig wie möglich zu bezahlen. Die verantwortlichen staatlichen Institutionen und ihre willfährigen Handlanger werden höchstwahrscheinlich genauso wie die GKV-SV mit Falschbehauptungen und halbseidenen juristischen Tricks und Argumentationen Demokratie gefährdend wie lügend die Schuld von sich

weisen, als hätten sie ihre Schlechtigkeit mit einer Suppenkelle gefrühstückt. Ganz in Donald Trump Manier. Denn es geht bei fast 5 Jahren Verhinderung von ärztlichen Verordnungen um eine etwaige Schadenssumme iHv. 4,5 Millionen Euro. Soweit der Staat die berechnete Millionen-Schadenersatzforderung in die Länge zieht bzw. nicht erstatten will, zeigt die Bundesrepublik Deutschland vor der gesamten deutschen Bevölkerung und vor allen Ländern dieser Welt eine bürgerfeindliche Denkinstabilität des demokratischen Rechtsstaates. Deutschland offenbart dann seine tatsächliche Bürgerrechtezersetzung.

Sehen Sie sich „Fahrenheit 11/9“ von US-Filmer Michael Moore an, und Sie werden Ihr quasi blaues Wunder erleben in Sachen „Geld okkupiert Demokratie“.

Am 28.07.2020 sendete das ZDF die Dokumentation über die USA mit sehr erschreckenden Informationen. In diesem Zusammenhang steht auch die Meinung von Moore zu Trump, Clinton und Obama und die miese übelriechende Politik in einer US-Demokratie. Moore sagt klar und eindeutig, dass die US-Politikerblase den Präsidenten Trump und die rechtsradikalen Kräfte in den USA selbst quasi hergestellt hat. Ein Politologe von der Humboldt Universität Berlin behauptete dazu im Fernsehen, dass das USA-System nicht mit Deutschland zu vergleichen ist. Ich widerspreche dieser Aussage ganz und gar. Denn wir wissen durch ARD/ZDF Reportagen, dass sich insbesondere die deutschen Altparteipolitiker gern prostituieren, in dem sie sich bzw. ihre Zeit und Termine verkaufen. In diesen Kaufterminen machen reiche Unternehmer usw. ihre Privatpolitik und beeinflussen die Politiker zum Nachteil der Bevölkerung. Auch unsere grinsenden Politiker sind in Wirklichkeit mehr dem Geldwert verpflichtet als dem verfassungsgemäßen Wahrheitsgebot.

Darin sollte sich niemand hinwegtäuschen lassen. Unsere Demokratie sollte uns Bürgern mehr wert sein als das schön gebürstete dumme Lügengeschwätz von Politikern, die unsere noch vorhandene Demokratie durchlöchern.

Das skandalös kriminelle GKV-Verwaltungshandeln in der deutschen Staatverwaltung ist an sich schon ein für Millionen Versicherte äußerst erschreckendes Staatsverhalten. Dazu kommen für Versicherte mögliche Einschränkungen aufgrund von größer werdenden Milliardendefiziten bei dem GKV-Spitzenverband der Krankenkassen und anderen Verbänden hinzu. Möglicherweise werden noch mehr Schwierigkeiten bei dem Beantragen von Hilfsmitteln und Rehaleistungen auf Versicherte zukommen. Wer sich hier nicht gut genug gegen die Krankenkassen zu wehren vermag, der steht auf relativ verlorenem Posten. Das vorliegende Buch kann negative Positionen für jeden verbessern der es will, und den Mut hat sich zu wehren.

Die Absicherung von Gesundheitsleistungen und anderen sozialen Leistungen müssen für Politik und Gesundheitswesen oberste Priorität haben. Dazu gehören schnell und effizient negative Kostentreiber bei dem GKV-SV u. a. Kassen zu identifizieren und auszuschalten. Zu diesen Kostentreibern gehören bei der GKV z. B. der Hilfsmittelbereich sowie diverse versicherungsfremde Leistungen wie Werbemaßnahmen und anderes mehr. Millionen Euro wähen hier Jahr für Jahr einzusparen. Insbesondere können Millioneneinsparungen durch die starke Verringerung oder Abschaffung der erstinstanzlichen Ablehnungen, die am Ende aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen und/oder wegen gerichtlichen Entscheidungen doch genehmigt bzw. teilgenehmigt werden müssen. Die Kosten pro Ablehnung betragen nach Berechnungen des Autors rund 4.776,86 EUR.

Aber die daraus entstehenden Probleme sind bei weitem nicht die einzigen Probleme die aktuell auf Deutschland und seine Gesellschaft coronabedingt einwirken. Die schon langen vorhandenen sozialen Spannungen in verschiedenen Gesellschaftskreisen bilden auch sicherheitsrelevante und politische Sprengkraft. Eine Abwanderung von immer mehr

Bürgern in rechte Kreise und Parteien gefährden zunehmend das Gleichgewicht der Gesellschaft. Vor Jahren wollte und konnte sich kaum Jemand vorstellen, dass es eine stark rechts orientierte Partei in den Bundestag, in die Landtage und Rathäuser etc. demokratisch gewählt einziehen könnte. Zu viele Bürgerinnen und Bürger wurden viel zu lange sich selbst überlassen, ohne dass echte Hilfe zur Selbsthilfe angeboten wurde.

Politiker wie z. B. der Ex-SPD Vorsitzende Sigmar Gabriel können sich mit entsprechendem politischem Wissen gut selbst helfen, in dem sie Beraterjobs für 10.000 € auch bei Skandalunternehmer wie Tönnies arbeiten. Die Glaubwürdigkeit der SPD erleidet dadurch Schaden.

Im Gegensatz dazu sind laut der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ aktuell über 6,6 Millionen Haushalte in Deutschland massiv überschuldet. Das sind rund 8,8 % vom aktuellen Bevölkerungsstand 2020 iHv. 83,2 Millionen Bewohner. Dieser hohe 8,8 % Bevölkerungsanteil verursacht durch Armut auch einen höheren Anteil an Krankheitskosten. Diese Negativsituation ist Beweis genug, um sicher festzustellen zu können, dass die Altparteipolitiker unfähig und unwillig sind die Probleme spürbar zu senken oder gar zu beseitigen. Erst wenn sich die 8,8 % Bevölkerungsgruppe als Sammelblock bei der Bundestagswahl 2021 gegen die Wiederwahl von Altpartei-Politikern und Parteien ausspricht, wird die Parteiangst vor Bundestagssitzverlusten entstehen und positiv handeln lassen. Sehen Sie dazu den gesellschaftlich politisch erschreckenden ZDF-Beitrag „Inkasso-Falle“ von WISO (<https://www.fernsehserien.de/wiso/folgen/23-folge-23-2020-die-inkasso-falle-geldeintreibern-auf-der-spur-1392642>).

Dieser Beitrag beweist mehr als eindeutig, dass es den CDU/CSU und SPD/FDP Politikern in geradezu abartigerweise egal ist, wie große Bevölkerungsteile Jahrzehnte - praktisch generationsübergreifend - leiden. Es ist die schiere politische Führungsunfähigkeit, Überheblichkeit, soziale

Dummheit, Inkompetenz und persönliche Korruption, die vernunftgemäßes wirtschaftliches Handeln zu nichte macht bzw. den kriminellen Elementen z. B. im Inkassobereich in die Hände spielt. Die Altparteien sollten dafür mit Wählerstimmenverlusten büßen. Wählerstimme statt Geld.

Und wer sich darüber bewusst ist, dass Armut krank macht, kann mit seiner Wählerstimme die Altparteien und deren Politiker abstrafen und vielleicht sogar FDP mäßig aus dem Bundestag werfen. Politik muss von Bürgern neu gedacht werden. Statt Bestechungsgelder und Korruption kann der Bürger mit seiner Stimme positiv fordernd einwirken und eventuell etwas neues besseres politisches Bewusstsein schaffen. Kein Wähler, keine Wählerin für die Bundestagswahl 2021 sollte sich mit netten Sprüchen, schönen Reden, vorgegaukeltes Verständnis usw. von den CDU-CSU-SPD-FDP Altparteipolitikern(innen) darüber hinwegtäuschen lassen, dass das wahre Politikgeschehen primär nur krampfhaftes Kämpfen um Plätze im Bundestag ist. Und das heißt Macht, Nebenverdienste und Einfluss für weiteres in die eigene Tasche Stopfen. Auf jeden Fall besteht weitaus mehr Egoismus als Altruismus.

Und die Schuldnerberatungsstellen sind in allen Bundesländern stark überlaufen. Es fehlen weitaus mehr Berater als da sind. Da diese Thematik nur sehr wenig bis gar nicht von der Politik intelligent beachtet wird, soll es hier wenigstens einmal kurz behandelt werden, damit es irgendwo evt. gehört wird. Ausgeklagte Forderungen werden Hunderttausendfach wie Kartoffeln hin und her gehandelt. So das sich jeder mal an Schuldner teils auch erpresserisch und immer unter Druck setzend ausprobieren kann. Bundesregierung und Altparteien-Politiker scheinen zu vergessen, dass die Millionen Schuldnerhaushalte mehrere Millionen Wählerstimmen repräsentieren.

Die CDU/CSU und SPD Regierung müsste sich sehr warm für die Bundestagswahl 2021 anziehen, wenn es einer politischen Seite oder Gruppe gelinkt, diese Wählermassen

ganz gezielt zu konzentrieren und für sich einzunehmen. Das kann über ein glaubwürdiges Wählerversprechen zur sofortigen Schuldbefreiung schnell geschehen. Die AfD sitzt ja schon im Bundestag und anderswo relativ fest im Sattel. Mit vorgenannter Strategie könnte die AfD einen so großen Zuwachs erhalten, dass sie tatsächlich ein Gesetz zur Verabschiedung bringen kann, dass alle Schuldner befreit, und die Altparteien wie unfähige Trottel dastehen lässt. Die bundesweiten Kosten bei den Gerichten steigen in Milliardenhöhe. Mehr Personal wird von den verschiedenen Gerichten immer wieder und seit vielen Jahren angefordert. Und die Arbeit wird bei Gerichten nicht weniger. Die besonders unschöne wie Steuergeld teure Seite in der Schuldenfalle ist neben Rentnerarmut die Kinderarmut. Die neueste Kinderarmutsstudie der Bertelsmanns Stiftung vom 22.07.2020 trägt den Titel „*Kinderarmut: Eine unbearbeitete Großbaustelle*“. Laut Studie betrifft die Kinderarmut 21,3 % oder 2,8 Millionen aller Kinder in Deutschland.

Da ist politisch zwar wahnsinnig viel aufzuarbeiten, aber möchtengern intelligente und so überaus humane Demonstranten, ö/r Sender, Presse und Politiker müssen natürlich erst einmal einige Hundert oder Tausend Flüchtlingskinder und Erwachsene aus dem griechischen Lager Moria nach Deutschland holen. Anstatt die Hilfe vor Ort aufzubauen. Die Kinderarmutsstudie findet keine intelligenten humanen Demonstranten, Journalisten oder Politiker. Was für ein Armutszeugnis.

Schon Kinder lernen alle negativen Situationen der Schuldenfalle ihrer Eltern oder Alleinerziehenden hautnah kennen. Sehr oft mit sehr negativen Erlebnissen, die sie mit in ihr Erwachsenenleben hineintragen. Auch hier entstehen im Bereich der Jugendämter, Jugendhilfe und Jugendheimen Kosten in Milliardenhöhe. Die negativen Auswirkungen haben mit Jugendkriminalität, Rauschgiftdelikten und anderen Dingen mehr zu tun. Und dazu kommen diverse

andere soziologisch negative Entwicklungen, die auch viel Steuergeld kosten.

Und die Regierungspolitiker lassen quasi alles beim Alten, anstatt mal kräftig die alten Zöpfe z. B. bei den Schuldnersachen abzuschneiden. Deutschland könnte so wie auch England und Frankreich eine Schuldbefreiung nach einem Jahr einführen. Gesetzlich könnte der Verkauf von ausgeklagten Forderungen verboten werden. Eine sofortige richterliche Schuldbefreiung für Fälle mit dreimaliger Offenbarung kann ebenfalls gesetzlich ohne große Bürokratie geregelt werden, sofern keine von Altnazi-Parteimitgliedern geprägten Betonköpfe dagegen kämpfen. Welchem Politiker oder gutverdienendem Geschäftsperson würde es denn auch nur eine Sekunde lang schaden, wenn überschuldete Haushalte schnell und unbürokratisch Schuldfreiheit erlangen. Eine Entschuldung ist sicher ebenso schnell zu bewerkstelligen wie die Aussetzung des Insolvenzrechtes in Coronazeiten. Die sozialen Zerwürfnisse in der Gesellschaft können vielfach ohne große Steuergeldausgaben geregelt werden, auch um den rechtsradikalen Wandel möglichst stark entgegenzuwirken. Aber die Altparteipolitiker-Blase ist weder persönlich noch parteimäßig in der Lage politisch machbare Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Leider gibt es noch keinen Wähler-Urologen, der Politiker behandeln kann. Über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen scheint nicht zum Repertoire der politischen Grundhandlungsmuster zu gehören. Sehr bedauerlich. Eine politisch moderne Entscheidung wie zur Schwulenehe wäre nicht schlecht.

Der von der SPD im August 2020 zum Kanzlerkandidaten gekürte Bundesfinanzminister Olaf Scholz könnte mit dafür Sorge tragen, dass über 4 Millionen Privathaushalte völlig unbürokratisch und schnell aus der traumatischen Schuldenfalle befreit werden, und damit auch wieder mehr psychologisch somatisch gesünder leben können.

Die Schuldverfolgung bis zu 30 Jahre muss ein für alle Male Geschichte werden. Jeder Mörder, Totschläger und Vergewaltiger hat weitaus weniger zu befürchten als ein Schuldner. Es liegt hier eindeutig am guten

Willen des Bundeskanzler-Kandidaten Olaf Scholz und der SPD-Gremien, hier und heute vor der Bundestagswahl 2021 einen Schlussstrich unter die Schuldnerverfolgung der zahlungsunfähigen Bürgerinnen und Bürger zu ziehen, und den massenhaften kriminellen Inkassovertolger, Betrügern und monetären Blutsaugern das Handwerk zu legen. Und auch die Corona-Pandemie wird sicher eine Vielzahl neuer zahlungsunfähiger Schuldner produzieren. Die SPD muss hier beweiskräftig gegensteuern und Vertrauen gewinnen.

Die gesundheitspolitischen Coronaauswirkungen auf die Wirtschaft behandelt aktuell Herr Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts – Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung in München -. In seinem heute 15.07.2020 erschienen Buch „Wie retten wir unsere Wirtschaft ...“ behandelt er die Probleme zwischen Corona, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Mittelpunkt stehen die riesigen Milliardenausgaben für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Und damit verbunden natürlich die immens hohe Staatsverschuldung.

Die Bundesregierung muss der Gerechtigkeit wegen auch den ganz Armen in der Bevölkerung mit Schuldbefreiung Rechnung tragen, und sich nicht nur im Hilferausch für die Wirtschaft verrennen. Der Staat, Bund, Länder und Gemeinden müssen daher an möglichst vielen Stellen Einsparpotenziale suchen und finden. Insofern sind Regierungs- und Länderegierungspolitiker aufgefordert, möglichst intelligent wie zukunftsorientiert Einsparpotenziale wie z. B. die Beseitigung der überschuldeten Haushalte oder überflüssige GKV-Bereiche in Gesetze zu gießen. Alles ist möglich, wenn genug Wille dazu da ist. Wir alle wissen, dass Leben besteht nur ein einziges Mal für jeden von uns. Mit viel oder wenig Geld.

Berlin, 08. Dezember 2020

Der Autor

## **In mir ist mein geistiges Heim**

Ich bin - weil ich bin,  
Ich bin Vergangenheit,  
Ich bin Gegenwart,  
Ich bin Zukunft;  
Also bin ich der - der ich bin.

Ich bin der - der denkt,  
Ich bin der - der fühlt,  
Ich bin der - der handelt,  
Ich bin der - der ich bin;  
Also bin ich mein Bewußtsein.

Autor: Manfred Binder  
Aphoristiker, Berlin 18.02.2020

## **Gesunde Wertvorstellung**

Die Erkenntnis - ich bin krank - ist falsch.  
Richtig ist, etwas an oder in mir ist krank.  
Also schulde ich meiner Restgesundheit besten Dank.

Manfred Binder  
Lyriker/Aphoristiker, Berlin 22.11.2017

# Inhaltsverzeichnis

## Vorwort

### **Abschnitt I**

#### *Vorgerichtlich*

### **Kapitel**

## 1 Der GKV Lügen- und Hilfsmittelverzeichnisskandal

### 1.1 Gesetzes- & Verfassungstreue nach Gutsherrenart auch in der Coronavirus-Krise

1.1.1 Das Lügenkartell des GKV-Spitzenverbandes, mit GKV-Verwaltungsrat und CDU  
Bundesgesundheitsminister (a.D.) Hermann Gröhe

1.1.2 Zwei Dienstaufsichtsbeschwerden an Frau Dr. Doris Pfeiffer, GKV- Vorstandsvorsitzende

1.1.2.1 GKV-Eingeständnis des  
Verwaltungsversagens, Schriftsatz von GKV-  
Vorstand Gernot Kiefer

1.1.2.2 Nicht ordnungsgemäße  
Verwaltungsverfahren – Schäden für  
Unternehmen und Versicherte?

1.1.2.3 Kommentar zum Vorstand Kiefer-  
Schriftsatz vom 10.07.2017

1.1.2.4 Antwortschreiben an Gernot Kiefer,  
GKV-Vorstand

1.1.3 Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde an  
Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (a.D.)

1.1.3.1 Kommentar zum Antwortschreiben Dr. Orłowski, Ministerialrat (a.D.), auf Gröhe-Schriftsatz mit dem Anhang: Grundlagen des Rechtsstaatsprinzips

1.1.3.2 Antwortschreiben an Dr. Ulrich Orłowski, Ministerialdirektor - BMG

## **Abschnitt II**

### *Gerichtlich*

#### **Kapitel**

2 Der aktuelle Sachverhalts- und Prozessstand  
Gerichtliche Stellungnahmen des Klägers und des  
Beklagten GKV-Spitzenverbandes

2.1 Klageeinreichung mit Kurzbegründung gegen den  
GKV-Spitzenverband vom 13.10.2017

2.1.1 Erweiterte Klagebegründung zur  
Klageeinreichung Vom 13.10.2017

2.2 GKV-Klageerwiderungsschreiben vom 17. Oktober  
2018

2.3 Kläger-Stellungnahme gegen GKV-  
Klageerwiderung vom 17. Oktober 2018

2.4 GKV-Klageerwiderungsschreiben zur Kläger-  
Stellungnahme vom 17.12.2018

2.5 Finale Kläger-Stellungnahme zum GKV-  
Klageerwiderungsschreiben vom 21.03.2019

2.6 Finales GKV-Klageerwiderungsschreiben zur  
Kläger-Stellungnahme von 29.04.2019

2.7 Notwendige beweiserhebliche Ergänzungen zur  
Kläger-Stellungnahme vom 29.04.2019

## **Abschnitt III**

### *Missstände in Gesundheitsverwaltung und Politik*

#### ***Kapitel***

3 Demokratische Legitimation & Rechtsstaatsprinzip  
kontra GKV-Spitzenverband & Politiker

4 Philosophische Betrachtungen eines Aphoristikers

5 Haus- u. Fachärzte dürfen Hilfsmittel verordnen, die  
nicht im GKV-Hilfsmittel- oder  
Pflegehilfsmittelverzeichnis stehen

6 Ärzteschaft, Bundesärztekammer & Wissenschaft  
versus GKV-SV + G-BA

6.1 Zwei Studien zur Analhygiene und zum  
Hämorrhoidenschutz

7 Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) im Konflikt mit  
Rechtsprechung, Verfassung und instabiler Politik

8 Die Rechtssituation der vertragsärztlichen Hilfsmittel-  
Verordnungsermächtigung gemäß BSG-Urteil

9 Ministerverordnung – Hilfsmittelhersteller HMV  
Beschwerde- und Widerspruchsbearbeitung von GKV-  
Hilfsmittelabteilung wegen GKV-Interessenkonflikt  
hierarchisch trennen.

10 GKV Antragsablehnungen & Widersprüche bei  
Millionen von versicherten Frauen und Männern

10.1 Hämorrhoiden & Co. vs. Gesundheitsvorsorge & Primärprävention. *Die Vision einer machbaren Hygienekulturwandlung von Toilettenpapier auf Wasserreinigung zwecks Gesundheitsförderung & Milliardeneinsparung*

11 AWMF S3-Leitlinie 2019 publiziert fast 3 Millionen falsche Hämorrhoiden-Operationszahlen

12 Ministerverordnung – GKV-Verpflichtung zum Wahrheitsgebot gemäß *BVerwG 8 C 14.02*, VGH 8 UE 3800/00, *Seite* und zur Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips aus Art. Abs. 3 GG (Gesetzes- u. Verfassungstreue)

13 Ministerverordnung – Verbot der Täuschung, Desinformation, Manipulation und rechtswidrige Beeinflussung der Autonomie (Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 2 Abs. 1 GG) durch den GKV-SV gemäß *BVerwG 8 C 14.02*, VGH 8 UE 3800/00, *Seite 13*

14 Die Geldverschwendung mit dem zwangsstaatlichen GKV-Hilfsmittelverzeichnis

15 GKV-SV mit Pseudologia phantastica-Virus infiziert

16 Bundesversicherungsamt versus GKV-SV zu ungesetzlichen Geldspenden etc.; Untreue § 266 StGB, Verletzung des § 30 SGB IV iVm. Art. 20 Abs. 3 GG

17 Corona-Gesellschaftsaktivitäten versus Gesundheitspolitik und Grundrechteinschränkungen

## **Abschnitt IV**

*Staats- & Eigenverantwortung für Gesundheit,  
Darm-/Aftergesundheit und Analhygiene*

### ***Kapitel***

18 Die neuartige Rückeneinreibevorrichtung zur  
Selbsteinreibung des Rückens bei Schmerzzuständen

19 Die Bedeutung der proktologischen  
Gesäßhandbrausen im Allgemeinen & speziell in der Zeit  
v. Coronavirus/Covid-19. *Universalkonzeption für  
Senioren, Kranke und Behinderte zur Verhinderung &  
Reduktion von Analerkrankungen.*

20 Binder KAWA-Liste – Anwendungswertanalyse von  
Toilettenhilfsmitteln

21 Toilettenhilfsmittel – Bewertungserläuterungen

22 Klagefähige Schwachstellen in Antragsablehnungen  
und Widerspruchsbescheiden der GKV-SV aufgrund von  
Rechts-Widrigkeiten, siehe Bundesversicherungsamt

23 Abbildungsverzeichnis

24 Personenregister

25 Paragrafen-/Stichwortregister *mit nachfolgenden  
Abbildungen dreier Bücher vom Autor*

26 Nachtrag I – Bundespräsident Steinmeier

## 27 Nachtrag II / Bekanntmachung - Gerichtlicher Termin

## **Der GKV Lügen- und Hilfsmittelverzeichnisskandal**

Fünf gesetzmäßige Anträge im Jahr 2015 an die GKV-Selbstverwaltung eingereicht zur Hilfsmittelintragung in das Hilfsmittelverzeichnis (HMV) und 1 Glaube an ein wahrheitsgemäßes wie rechts- und gesetzestreues Verwaltungshandeln einer deutschen Gesundheitsverwaltung.

Fünf Jahre später - im Nov. 2020 - sind drei wichtige Hilfsmittel (2 proktologische Gesäßhandbrausen-Modelle und eine Rückeneinreibevorrichtung) immer noch nicht ordnungsgemäß und rechtskonform in das Hilfsmittelverzeichnis (HMV) eingetragen. Infolgedessen wurde Ende 2017 eine Klage bei dem Sozialgericht Berlin/Brandenburg zwecks Eintragung in das HMV eingereicht. Eine Gerichtsentscheidung bzw. ein Prozesstermin liegen bis heute 2020 nicht vor. Zwei weitaus weniger wichtige Toilettenpapierhalter (TPH) zum ärztlich empfohlenen trocken tupfen der Gesäßfalte nach dem Abduschen wurden 2016 in das HMV eingetragen. Die völlig unnützen Eintragungen in das HMV erfolgten offenbar wegen ausgegangener frei erfundener Ablehnungsargumente und der Vermutung, dass diese TPHs wohl niemand brauchen wird.

Zur Anwendung der TPHs muss man aber wissen, dass sie aufgrund ihrer Konstruktion ausschließlich nur zum trocken tupfen geeignet sind (ärztlich empfohlen). Aber ohne Gesäßabduschung auf Toilette sitzend wird kein Hilfsmittel zum trocken tupfen benötigt. Dem zu folge hat die GKV obendrein zur rechtswidrigen Aufnahmeablehnung auch noch

eine einwandfrei nachweisbare rechtswidrige Hilfsmittelaufnahme in das HMV vorgenommen.

Denn ein speziell sitzanatomisch geformter Toilettenpapierhalter hat ohne die Anwendung einer ebenso speziell sitzanatomisch geformten proktologischen Gesäßhandbrause keinen Wert. Diese von der GKV nicht sachgemäß und rechtskonform getroffenen Aufnahmeentscheidungen beweisen auch, dass die Qualitätsbeurteilungen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDS) dienstpflichtwidrig ohne Sinn und Verstand ausgeführt wurden (fehlendes Föngebläse an einer Handbrause etc.). Die amtlichen Dokumente vom MDS und GKV sind demnach mit falschen Angaben erstellt worden und verletzen u. a. die Rechtsnorm § 44 Abs. 1 VwVfG - *Nichtigkeit des Verwaltungsaktes* -.

Die GKV Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Abteilung Gesundheit und Hilfsmittel, deren Abteilungsleiter Dr. Walter Seliger, sowie deren zuständiger Vorgesetzter Vorstandmitglied Gernot Kiefer wussten aufgrund der Informationslage, das die proktologischen Gesäßhandbrausen sicher von einem größeren Patientenkreis von akut mehreren Hunderttausend Personen zu beanspruchen wären. Damit diese möglichen Ansprüche gemäß § 33 Abs. 1 SGB V gar nicht erst entstehen, hat jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter ihr/sein bestes Können in Sachen Lügen, Falschbehauptungen und Tatsachenverdrehungen etc. dazu beigetragen. Die beteiligten Sachbearbeiter/ innen der GKV-Abteilung Gesundheit/Hilfsmittel Dr. Seliger, Marcus Lindemann, Melpomeni Keventsidou, Carla Meyerhoff-Grienberger, und Dr. Monika Kücking, Kai Garbers LL. M. (Stabsbereich Justizariat) sind feste und willige Bestandteile des GKV-Lügenkartells nach Art der Nazi-Mitläufer, das ohne sie nicht so gut und glatt funktionieren würde. Die Lügenkrankheit infiziert auch ganz privat.